

Einheitsfrontaktion

Gegen kapitalistische Offensive

Die jüngste Entwicklung in Deutschland beschleunigt in raschem Maße die Erschütterung des kapitalistischen Herrschaftssystems. Die Ablösung Brünings durch Papen, der 20. Juli, der Tag des schicksalhaften Staatsstreichs in Preußen, der 13. September, der Tag der Aussprache Hindenburg-Hitler sollten der Konzentration aller konterrevolutionären Kräfte, der Verhinderung des revolutionären Aufschwungs dienen, um die bisher ungeheuerliche sozialreaktionäre Offensive gegen das Proletariat mühelos durchzuführen. Die erfolgreiche Antifaschistische Aktion, die im Wahlergebnis vom 31. Juli ihren Niederschlag fand, erschwerte die Papenischen Pläne, mehrmals die Unstimmigkeiten im Lager der Bourgeoisie, brachte die nationalsozialistische Chauvinistische Welle zum Stillstand und schuf die Voraussetzungen für eine noch breitere Entfaltung der revolutionären Kräfte. Das Papenische Wirtschaftsprogramm wäre nicht möglich gewesen ohne die schmächtige Kapitalisation und Streikbrecherrolle der NSDAP- und SPD-Führer am 20. Juli. Umgekehrt ist die gegenwärtig mächtig ansteigende Streikbewegung das Resultat der proletarischen Offensive in der Antifaschistischen Aktion, die vor den letzten Wahlen den blutigen Faschistenterror zurückschlug und heute in unserer Einheitsfrontaktion die Betriebe und Stempelstellen zum zentralen Kampfboden der proletarischen Abwehr und Gegenoffensive macht.

Die Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie zur Überwindung der Krise durch Lohnraub, Zerschlagung der Sozialversicherung, Naturkatastrophe, Subventionierung und Milliardenaufzucht verschärfen nur allseitig die Elemente der Krise. Sie drohen die Kaufkraft auf dem Innenmarkt noch mehr und vergrößern die Schere zwischen Produktivkräften und Absatzmöglichkeiten ins Ungeheuerliche. Sie vermindern die Exportmöglichkeiten und treiben den Konkurrenzkampf mit den imperialistischen Rivalen an die Grenze imperialistischer Abenteuer. Sie reißen die Massenfronten im Lande auf. Sie fördern die beschleunigte Überwindung zu einem neuen Zyklus großer gewaltiger Zusammenstöße zwischen den Klassen und Staaten, zu einem neuen Zyklus von Kriegen und Revolutionen. Das Proletariat, das ganze werktätige Volk ist unverzichtbar bei Strafe seines Untergangs vor die Entscheidung gestellt, entweder in der durch die kapitalistischen Bankrotteure organisierten Katastrophenspolitik rettungslos zu verfallen oder auf dem Wege der Teil- und Massenkämpfe das Herannahende der revolutionären Krise zu beschleunigen, die Republik der Arbeiter und Bauern zu erkämpfen.

Einen Milliardenspaß sollen die jüngsten Notverordnungen der Papen und Hindenburg den Reichen sichern. Durch Steuerzuschüsse, durch Arbeitslosenprämien, durch Lohnabbau und Zerschlagung des Tarifwesens, durch Hunderte und abermals Hunderte von Millionen für die Industrielöhne, Bantzen und großen Hauspatraschen, durch Biersteuer, Heringszoll, Schlachtsteuer und Margarinezoll! Die Notverordnung zur Anhebung der Wirtschaft jagt bereits eine andere für die Junfer. Kontingentierung, Einfuhrbeschränkung und Preisverwertung, Zinslenkung, Sanierung des überschuldeten Großgrundbesitzes aus Reichsmitteln!

Die Rechnung soll bezahlt werden von Betriebsarbeitern und Angestellten, von ihrem Lohn, der kaum mehr die Höhe der leistungsfähigen Unterhaltungsätze erreicht, vom Erwerbseinkommen, der statt Arbeit vom Tariflohn zum hungerleidenden Lohnbrüder gegen den Betriebsarbeiter gepreßt werden soll, vom Kleinrentner und Kleingewerbetreibenden, der von der Preis- und Steuerpolitik der Konzerne und des Staates ausgenommen wird, vom Kleinrentner und Kleinrentner, für den die Regierung bereits die Generalbeschlagnahmung zur „Vereinfachung“ der Sozialfürsorge in der Tasche hält.

Die Antwort der deutschen Arbeiterklasse hat eingeleitet. Kraftvoll, nicht für uns, aber für die Bourgeoisie und ihre Stützen überragend und befreiend. Eine Streikwelle überzieht ganz Deutschland. Tatsächlich schlagen den Angewandten der Kapitalisten vom 20. Juli, den NSDAP- und SPD-Führern, ins Gesicht. Es ist erwiesen, daß die Arbeiterklasse auch während der Krise erfolgreich streiken kann. Es ist erwiesen, daß die Erwerbslosen keine Schuttschilder sind, die den Streikenden in den Rücken fallen. Es ist erwiesen, daß selbst proletarische Elemente in der NSDAP gegen die Streikbrecherrolle ihrer Führung aufbegehren. Nicht parlamentarische Bestimmungen, nicht Volksbegehren und Wahlmanöver der SPD, allein die außerparlamentarische Einheitsfrontaktion zerschlägt die Hungerpläne der Bourgeoisie. Gerade darum sind die jetzigen Streikpläne und die Erwerbseinkommensaktionen das entscheidende Kettenglied zur Beschleunigung des Tempos des revolutionären Aufschwungs. Gerade darum steht vor allen revolutionären Organisationen als zentrale Aufgabe, auf dem Boden der Einheitsfrontaktion von unten die Einheit der Klasse zu formieren, ihre unbefehlbare Macht an höheren Aufgaben, größere Klassenkämpfe heranzuführen.

Unsere erfolgreiche Einheitsfrontaktion, die aufstrebend und organisierten dem Kapitalbewußtsein der Arbeiter naheliegt, mit der Ausschöpfung von Kämpfen um wirtschaftliche Tages- und Teilforderungen auch die rückständigsten Schichten der Arbeiter der Kampfbereitschaft zuführt, hat alle Feinde der Einheit und des revolutionären Auswegs auf den Plan gerufen. Die Unternehmerpresse brüllt nach Einsatz der Staatsgewalt gegen die Streikenden. Das Amtsgericht Weigenfels hat bereits in einer einseitigen Verfügung das Streikverbot ausgesprochen. Die Regierung göhrt nur deshalb mit dem vollen Einsatz der schärfsten Gewaltmittel, weil sie eine sprunghafte Politisierung der Streikpläne fürchtet, in denen die Arbeiter die Waffe des Einzelstreiks mit denjenigen des politischen Massenstreiks gegen die Kapitalisten und ihren Staat vertauschen. Um so wirksamere Hilfe ermahnt die Bourgeoisie von den Gewerkschaftsführern, die oftmals seit 1914 ihre Rolle erweisen haben, sich außerirdisch an die Spitze der Streiks zu stellen, um sie zu lokalisieren und abzuwürgen.

„Man fürchtet nun (in Regierungskreisen) schreibt das 12-Uhr-Blatt, daß im Falle eines Streikverbotes diese Teilstreiks zu einer Gesamtstreikbewegung ausarten könnte und daß aus der ganzen wirtschaftlichen Streikbewegung eine politische werden könnte. Schon aus diesem Grunde neigt man in Regierungskreisen nicht dazu, ein Streikverbot zu erlassen. Man glaubt vielmehr, in absehbarer Zeit mit Unterstützung der Gewerkschaften die Streiks abzuwehren.“

Die NSDAP-Führer, die Verze des kranken Kapitalismus haben unter dem Meißel des gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einigen Teilstreiks ihre Zustimmung gegeben. Daß ihre Handlung von faktischen Gründen und nicht aus prinzipieller Feindschaft gegen die Papenischen Notverordnungen bestimmt ist, gesteht das Zentralorgan des NSDAP, offen ein.

„Um jede Mißdeutung zu vermeiden,“ schreibt das Bundesbüro, „sei noch einmal ausdrücklich bemerkt, daß sich die Abwehrbewegung nicht gegen den Gesamtplan (Papens)

Charlottenburger Arbeiter unschuldig!

Melcher verbietet Protestkundgebung der Roten Hilfe — Verstärkt den Protest.

Heute hat der Sondergerichtsprozeß gegen die neun Charlottenburger jungen Arbeiter seinen zehnten Verhandlungstag erreicht. Jeden Tag mühten sich unsere unschuldigen jungen Kameraden von Mitgliedern des Nordsturms 33 im Gerichtssaal befragen und belästigen lassen. Jeder Tag bewies aufs neue die Unschuld der Angeklagten und die Blutschuld der „Zeugen“ auftretenden Nazis. Gegen die wenigen und vor allem widerspruchsvollen Behauptungen nationalsozialistischer Belastungszeugen stehen die klaren übereinstimmenden Aussagen von Arbeitern und parteilosen bürgerlichen Zeugen.

Die bürgerliche Familie Engelhardt hat im Gerichtssaal Nazis als Schützen genannt. Nach den Aussagen eines Direktors Köppen wie nach den Befundungen vieler anderer Zeugen ist von nationalsozialistischer Seite in der Mordtatfrage in Charlottenburg geschossen worden. Die Kette der Beweise für die Unschuld der angeklagten Jungarbeiter hat sich an den zehn Verhandlungstagen vollkommen geschlossen.

Doch keiner von den belästigten Nazizeugen wurde verhaftet. Im Gegenteil, der Staatsanwalt Wagner, durch seine hohen Strafanträge gegen Arbeiter bekannt, eröffnete an einem der letzten Verhandlungstage die Offensive gegen die Entlastungs-

zeugen. Sie sollen sämtlich unverdächtig bleiben. Die Nazizeugen dagegen, wie der Wankowski, der durch Litten der Nazis überführt ist, oder wie der Wankowski, der durch Litten als Nazi entlarvt wurde, sie sollen sämtlich verurteilt werden. Das heißt, daß den neun Jungarbeitern die schlimmsten Urteile drohen.

Doch hier hat die Arbeiterklasse ganz Deutschlands ein Wort mitzureden. Und Hunderte von Protesten aus Versammlungen der Betriebe und Stempelstellen, die täglich während der Verhandlung dem Rechtsanwalt Litten im Gerichtssaal überreicht wurden, zeigen die Kampfbereitschaft und Solidarität der Arbeiterklasse ganz Deutschlands. Alle an einem Tag, am 30. September, erhielten die Angeklagten über 50 Protestentscheidungen und Telegramme.

Sie führten den Proteststurm der Arbeiterklasse gegen die Sonderjustiz. Deswegen wurde in Berlin die Sportpalastkundgebung der Roten Hilfe verboten, auf der unser Genosse Pieck sprechen sollte und die Angehörigen der verurteilten Arbeiter zu Worte kommen sollten.

Sie führten eure Massenkräfte, Arbeiter, verstärkt zum Kampf um die Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen, siegert den Proteststurm gegen die Sonderjustiz, setzt eure ganze Kraft ein für die neun Charlottenburger Jungarbeiter.

Gewerkschaftspakt mit Papen?

Geheimverhandlungen der Gewerkschaftsführer mit der Regierung

Die wachsende Streikwelle hat auf Seiten der Regierung und der Unternehmern größte Bestürzung hervorgerufen. Man ist sich durchaus darüber klar, daß eine weitere Verstärkung des aktiven Widerstandes gegen den Lohnraub das ganze Papen-Programm zum Scheitern bringen muß. Jetzt zermartern sie sich die Köpfe, wie der Widerstand der Arbeiter gebrochen und ein weiteres Anwachsen der Streikbewegung verhindert werden kann. Während ein Teil der Unternehmer kategorisch ein sofortiges und generelles Streikverbot verlangt, will sich die Regierung vorher die Hilfe der Gewerkschaftsführer sichern. Durch die bürgerliche Presse geht die alarmierende Meldung, daß zu diesem Zweck bereits Geheimverhandlungen mit den Gewerkschaftsführern stattgefunden haben. Nach diesen Meldungen erklärten die Vertreter des ADGB und der christlichen Gewerkschaften der Regierung übereinstimmend, daß sie jeden großen Streik nicht nur ablehnen, sondern mit allen Mitteln bekämpfen würden.

Daß diese ungeheuerliche Zustimmung wirklich gegeben wurde, geht ganz klar aus einer amtlichen Verlautbarung der Reichsregierung hervor, in der es wörtlich heißt:

„Die Behauptung in einem Teil der Presse, daß die Gewerks-

chaften aller Richtungen die Streiks für berechtigt halten, hat sich als unrichtig erwiesen. Es ist anzunehmen, daß der gewalttätige Widerstand gegen Grund und Fund der Reinerordnung an dem Verhandlungswillen der Betriebe und ihrer Belegschaften scheitern wird. Nebenfalls steht die Reichsregierung nach wie vor auf dem schon mitgeteilten Standpunkt, daß in der Anwendung der Reinerordnung durch den Arbeitgeber eine Verletzung weder des Arbeitsvertrags noch des Tarifvertrags gefunden werden kann und daß etwaige gewalttätige Gegenmaßnahmen einer Tarifpartei deshalb eine Verletzung der tariflichen Friedenspflicht darstellt.“

Nach bürgerlichen Presseberichten werden die Geheimverhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung, wobei die Gewerkschaften nicht etwa die Zurücknahme der Lohnabbaumaßnahmen, sondern lediglich bestimmte abmildernde Tendenzen der Notverordnung verlangen. In dieser Linie liegt auch ein Artikel Tarnows im „Vorwärts“, der zwar mit der Überschrift „Pflicht zum Widerstand“ versehen ist, aber mit keiner Silbe erwähnt, wie dieser Widerstand aussehen soll. Dafür gibt Tarnow der Papen-Regierung gute Ratschläge und appelliert an ihre „höhen sittlichen Pflichten“. Da drückt sich Siegfried Ujähäuser im „Samburger Echo“ schon deutlicher aus. Er schreibt Klipp und Klar, daß die rechtlichen und verfassungsmäßig zulässigen Mittel, der Arbeiterschaft gegen den Lohnraub die Arbeitsgerichte und der Volksentscheid seien. Das ist eine Ermunterung an die Papen-Regierung, ein Streikverbot zu erlassen.

Schlagt Alarm in allen Gewerkschaften! Macht alle Pläne zunichte, die da hinter eurem Rücken in den Geheimverhandlungen gesponnen werden. Nicht der Stimmzettel, nicht das Arbeitsgericht, nur eure Massenkraft schlägt die Unternehmerröhrchen zurück.

Liste 3 wird gewählt!

Nach einer amtlichen Veröffentlichung hat die Kommunistische Partei auch bei den Reichstagswahlen am 6. November die Liste Nr. 3. Für alle Arbeiter und Werktätigen, die gegen Kapitalismus und Faschismus und für den Sozialismus kämpfen wollen, gibt es darum am 6. November nur eine Entscheidung: LISTE 3 wird gewählt!

Die Red.) richtet, sondern gegen den Teil, der unter Eindruck in den Tarifvertrag die Löhne senken will.“

Darum weisen die Gewerkschaftsführer, jedes Ubergreifen der Streikwelle auf die Großbetriebe zu verhindern, eine weitere Streikausdehnung durch den verstärkten Hinweis auf Volksbegehren und Volksentscheid, durch Anrufen des Richters, durch Verdrängung auf die Rechtsprechung des Arbeitsgerichts zu unterbinden. Es ist die dringende Pflicht aller Kommunisten und NSDAP-Kollegen, die sozialdemokratischen Arbeiter und gewerkschaftlich organisierten Klassenkämpfern über diese drohende Entscheidung zu unterrichten und sie von der absoluten Notwendigkeit der Schaffung eigener betrieblicher Streikleitungen, mit den besten und bestmöglicherweisesten Arbeitern unter Einfluß der Unorganisierten, der Jugendlichen und Frauen, zu überzeugen. Unsere Einheitsfrontaktion muß im Betrieb und an der innergewerkschaftlichen Front den Kampf der Arbeiter gegen den Verfall unangreifbar machen.

Unter dem Druck der Streikbewegung muß selbst die NSDAP zu gewissen Wandern greifen. Während vor den Toren Berlins auf dem Hafenterrain die NSDAP die Arbeit der organisierten Streikbrecher der Goebbels-Bande eine Reihe hungernder Landarbeiter droht und wohnungslos gemacht hat, ruft der NSDAP-Führer Wagner die Mitglieder der NSDAP „zur äußersten Unterstützung aller ausbrechenden Streiks“ auf. Aber sie rühren keinen Finger zur Kampfauslösung in den Angestelltenbetrieben, in denen sie angeblich über großen Einfluß verfügen. Sie führen in den von ihnen regierten Ländern Papens Notverordnung bis zum letzten Steuerpenny durch. Es ist ein Teilabschnitt anderer Einheitsfrontaktionen, die in der NSDAP organisierten Naziarbeiter und -angestellten von der Demagogie ihrer Führung zu überzeugen, sie im Kampf auf Grund der eigenen Erfahrungen aus der Gewerkschaft der Hitler und Goebbels, der Krump und Typen zu lösen.

Von unmittelbarer größter Bedeutung steht vor uns die Aufgabe, die Kampfbewegung in die Großbetriebe zu tragen und der Streikbewegung den wichtigsten und durchschlagenden Massencharakter zu verleihen. Zur leichteren Durchführung der Umbauaktion werden hier die Kapitalisten zunächst abteilungsweise durch Abbau der Abfordere, der überhöhten Löhne ihre Hände durchzuweichen versuchen. Ein entsprechender erster Angriff der Streikherren in Nordwest zerschellte im Düsseldorf Stahlwerk „Böhning“ am Widerstand der Abteilungen, deren althergebrachte kommunistische Betriebszelle und NSDAP-Gruppe, unmittelbar alle Abteilungen in Alarmzustand versetzte und die entsprechende Streikbewegung im Betrieb zur Angelegenheit des gesamten Betriebes machte.

Der Angriff ist die beste Verteidigung. Die Arbeiterklasse darf nicht warten, bis ihr Betrieb, ihre Abteilung vor der Tatsache des Unternehmerangriffes steht. Entsprechend der Kampfbereitschaft der Belegschaft, ihren Interessen, im Augenblick hauptsächlichsten Interessen ist es unsere Aufgabe, die

Kampfbereitschaften zu fördern und die Kampfbereitschaften zu fördern und die Kampfbereitschaften über die Wahl einer Verhandlungskommission aus der Belegschaft heraus bis zur Kampfauslösung und Bildung eines Kampf- oder Streikausschusses zu wählen. Die gegenwärtige Streikwelle in Berlin und verchiedenen Bezirken des Reiches ist nicht zuletzt das Resultat der vielgestaltigen Betriebs- und Streikbewegungen seit dem 20. Juli, die die Belegschaften an den Kampf gewöhnten und sie von ihrer Kraft überzeugten.

Die sich schnell entfaltende Streikbewegung erfordert die entsprechende Mobilisierung der Arbeitenden zur Unterstützung der Betriebsarbeiter und Durchsetzung eigener Forderungen nach höherer Unterhaltung, nach Lieferung von Kohle und Kerbstoffen, Rückgängigmachung gekürzter Unterhaltungsätze, Mietbeihilfe, Arbeiterentlohnung zum vollen bisherigen Tariflohn. Die Entlohnung von Erwerbseinkommensdelegationen in Belegschaften und Unterhaltungsverhandlungen, die Solidaritätsaktionen zwischen Betrieb und Stempelstelle haben an verschiedenen Stellen bereits zu erfolgreichen Aktionen geführt. Gegen eine solche Einheitsfrontaktion kann sich keine kapitalistische Macht und keine Demagogie ihrer Stützen durchsetzen.

Die Bourgeoisie fördert bei Verhinderung und Ausdehnung der Streikbewegung durch Einsatz ihrer besten Machtmittel die Überleitung der ökonomischen Streits in politische Klassenkämpfe. Mit jedem weiteren Tag ihrer Herrschaft prägt sie den arbeitenden Massen mit Schemen ein, daß es nur einen Ausweg aus der Katastrophe gibt: die Macht in die Hände der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, die Republik der Arbeiter und Bauern, den Weg, den das russische Proletariat unter bolschewistischer Führung gegangen ist.

Angehts des Wahlkampfes legen wir den Arbeitern, erachtet durch die Bedeutung unseres Wahlsiegs vom 31. Juli, daß auch ein kommender Wahlsieg der Kommunistischen Partei als mobilisierender Faktor vor größter Bedeutung ist. Aber das Kampffeld für Arbeit und Brot, das Kampffeld in den kommenden Klassenkämpfen bleiben der Betrieb, die Stempelstelle, die Arbeiterwelt. Die Entfaltung der Streikbewegung ist der Hauptfaktor im siegreichen Wettkampf der revolutionären Kräfte mit den konterrevolutionären Revolutionen der Bourgeoisie, die Formierung der Gewerkschaften, besonders der NSDAP-Arbeiter und Gewerkschaften in unserer Einheitsfrontaktion die gegebene Form zur Gewinnung der Mehrheit der Klasse, ihrer Heranführung an jene Gewinne die nicht nur den Kommunisten, sondern allen Ausgebeuteten die Befreiung bringen müssen. Jede Werkstätte, jeder Arbeiter, jede Organisation, die gegen die Kapitaloffensive zu kämpfen bereit ist, gehören in die Einheitsfrontaktion, die unter der Leitung Einheitsfrontaktion — Sieg!“ die sozialistische Offensive brechen und das hungernde werktätige Volk dem revolutionären Ausweg zuführen wird.